

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

für die Rgl. Amtshauptmannschaften
Dresden-Altstadt u. Dresden-Neustadt
das Königl. Amtsgericht Dresden,

für die Königl. Superintendentur Dresden II, das Königl. Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld

Publikationsorgan und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Pöhnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Folkewitz

Verantwortlicher: Amt Dresden Nr. 20 809

Druck und Verlag: Elbgaus-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse, Blasewitz

Erscheint	
jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr	
für den folgenden Tag.	
Bezugspreis:	
vierteljährlich	2,40, monatlich — 80
desgl. frei ins Haus	2,82, — 94
durch Boten frei ins Haus	2,70, — 96
bei Abholung i. d. Expedition	2,30, — 80

Anzeigen-Preis
die 6 gespaltene Grundzeile ober deren Raum 30 Pfg.
im Textzeile die 3 gespaltene Zeile 75 Pfg.
für An- und Verkäufe usw. 25 Pfg.
Tabellen- und schwieriger Satz 50 % Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer
bis mittags 12 Uhr.

Nr 15

Blasewitz, Freitag, den 18. Januar 1918.

| 80. Jahr.

Brest-Litowsk und Rußland.

Wir konnten bereits in gestriger Nummer einen Teil der Erklärungen des Staatssekretärs von Kühlmann veröffentlichten, erst nach Schluß der Redaktion erhielten wir Bericht über den weiteren Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Es ist freudig zu konstatieren, daß die deutschen Vertreter sich nunmehr doch einer etwas energischeren Haltung und Sprache befleißigen. Interessant aus den Erklärungen des Staatssekretärs ist folgender Satz: Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. — Herr Trotski gab nunmehr auch längere Erklärungen ab, welchen wir folgendes entnehmen: Er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung geäußerte Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie in vorliegendem Falle Verhandlungen mit einer Partei führe, die verkörpert werde durch die deutsche Regierung. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als eine formale Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Rechtfertigung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeois hampeln, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht laufe. In der ganzen Geschichte kenne man bisher keine anderen Regierungen, so lange werde sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müsse aber auf das kategorische gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Verhandlungen der russischen Regierung abtöte, sei die Richtung, in der sie von ihrer Gewalt Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts breiten lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzunehmen, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei. Nachdem der russische Vertreter seinem Mißfallen über das energische Auftreten des Generals Hoffmann Ausdruck gegeben, kam er auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansichten der russischen Delegation behärken kann über die sehr untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele. Das beziehe sich genau ebenso auf die Rechtsphilosophie des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Geschichte der Entscheidungen dieses obersten Gerichtshofes genau gelesen habe, der wisse, daß dieser Gerichtshof seine Rechtsphilosophie sehr häufig in diesem oder jenem Sinne geändert habe, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Er glaube, daß bezüglich dieser Frage es viel interessanter wäre, nicht eine Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Ansprüchen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und herleiteten, ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten. Seine Erwähnung könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden seien, übergeben. Er müsse jedoch nochmals betonen, da er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in seiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Lituaniens bewohnten, würden in keiner Weise in einer politisch schwierigen Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sie sich selbst überlassen würden. Inwiefern es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Behalten einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen. Demgegenüber wies Staatssekretär von Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in dem verlesenen Texte angeführt worden seien, in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielen. Sodann beantragte Herr von Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier

Punkte in der von ihr angeregten Ordnung in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trotski diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet. Es ist also anzunehmen, daß nach den beiderseitigen Erklärungen nunmehr die Verhandlungen einen glatten Verlauf nehmen. Dies ist umso mehr zu erwarten, als die Russen selbst das größte Interesse daran haben, die ganze Angelegenheit nicht zu verschleppen. Von den Vertretern der Mittelmächte, besonders von den deutschen, darf man aber erhoffen, daß sie ihre in den letzten Tagen gewonnene energische Haltung beibehalten und etwa gestellten Forderungen entgegen, denn sie müssen bedenken, daß das deutsche Volk auf Jahre hinaus von den Verhandlungen einen gesicherten Frieden erwartete und daß das so in unendlich großen Massen vergossene Blut nicht umsonst geflossen sein darf. **Weitere Verhandlungen in Brest-Litowsk.** Brest-Litowsk, 16. Jan. Am 15. d. M. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen der getroffenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Besprechung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter vorläufiger Zurückstellung von Punkt I betr. das Territorium eingetreten wurde. Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst, auf die früher bereits besprochene Frage der Zustimmung von Vertretern der besetzten Gebiete zurückzugehen, an, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Staatssekretär von Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch unter der schon früher festgelegten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation durch die Zulassung ihrer Abgeordneten aus russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde. Herr Trotski erklärte sich außer Stande, auf die vom Vorsitzenden als notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen. Staatssekretär von Kühlmann stellte fest, wenn es gelänge, über die Bedingung einer behütenden Volkskundgebung auf breiter Basis Übereinstimmung zu erzielen, so würde die Meinungsverschiedenheit darüber, ob diese Volkskundgebung als konstituierende oder konfirmierende anzusehen sei, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen. Herr Trotski gab zu, daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher behandelten Gebiet wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine. Es komme in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerung des betreffenden Volksteiles zu gewährleisten. Es sei daher nötig, daß sie nicht nur einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhält. Bei der Erörterung des vom Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlags für die Bormache der entscheidenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schritt Herr Trotski sofort die Räumungsfrage an. Er sei der Ansicht, daß die Frage der Regelung der Geschichte der jetzt besetzten Gebiete im Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Dniestr. **Brest-Litowsk, 16. Jan.** Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegationen der vier verbündeten Mächte zu einer vertraulichen Besprechung. Staatssekretär von Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit den russischen Vertretern in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Regierungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre volle Zustimmung zum Ausdruck. Eine vertrauliche Besprechung des Grafen Czernin mit den ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutschen Delegierten teilnahmen, führte zur Verhellung eines prinzipiellen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Für morgen ist eine Fortsetzung der Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden. **Brest-Litowsk, 16. Jan.** Die Nachmittags-Sitzung wird durch den Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet: Wir haben heute Morgen die Besprechung des Zeitraums zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite keine Geneigtheit bestand, auf unsere Darlegungen in irgend einer Weise einzugehen. Wir gehen zum zweiten Punkt über, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage wird die sein, inwiefern die Freiheit der Abstimmung bzw. der Wahl zur ausübenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil jetzt militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten, aber

wegen die Zustimmung, daß diese Kräfte in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Der Vorsitzende der russischen Delegation wandte sich wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu, über die er sich erst völlige Klarheit verschaffen müsse. Staatssekretär von Kühlmann erklärte, er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Ermächtigungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Auf eine militärische Sicherung der Ordnung könne nicht ganz verzichtet werden. Herr Trotski erklärte, er müsse sich zunächst auf die Vorstellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würde. In engem Zusammenhang damit stehe die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Erst nach dieser Rückkehr könne seiner Ansicht nach die Abstimmung stattfinden. Staatssekretär von Kühlmann gab die Berechtigung der Rückkehr zu. Die Verwaltungsbehörden müßten aber erst festlegen, welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte um Zustimmung der russischen Regierung hierüber vorliegenden Materials, wozu sich Herr Trotski bereit erklärte. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen. **Die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu den Verhandlungen.** In einem Artikel „Die Klärung in Brest-Litowsk“ sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Die Antwort des Vierbundes, die die Unterlage der letzten Verhandlung in Brest-Litowsk bildete, bedeutet sicherlich einen ausgreifenden Schritt zur Klärung und damit zur Verständigung. Herr Trotski hat auch in seiner Antwort anerkannt, daß die Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt hat. Die Zentralmächte erstreben vor allem in sachlicher Hinsicht eine Klärung dahin, daß die Mittelmächte den Weg zu einer Verständigung in einem Kompromiß sehen, das mit den Tatsachen, wie sie der Krieg geschaffen hat, rechnet. In den vier Punkten, in denen diese Tatsachen zusammengezogen wurden, und mit ihnen die praktischen Folgerungen, die den Mittelmächten als Unterlage eines Kompromisses noch möglich erscheinen, offenbart sich in gleicher Weise der Gegensatz, der noch zwischen beiden Parteien besteht, wie vor allem der Weg, auf dem er überwunden werden kann. Aus Rußland liegen noch folgende Meldungen vor: **Attentat auf Lenin.** Petersburg, 16. Jan. (F.W.) Als Lenin vorgestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert. **Verhaftungsbehauptung.** London, 16. Jan. (Reuter-Meldung.) Ein amtliches englisches Telegramm aus Petersburg berichtet, daß das Personal der dortigen rumänischen Gesandtschaft verhaftet und in die Peter Pauls-Festung gebracht worden ist. **Das maximalistische Rußland.** Dem „Berliner „Bund“ zufolge meldet „Gavos“ aus Petersburg: In Tschkent endete eine maximalistische Kundgebung mit einem blutigen Zusammenstoß zwischen Maximalisten und deren Gegnern. Über 200 Personen wurden getötet oder verwundet. **Centrale Pressestimmen über Trotski.** Rotterdam, 16. Jan. Der „Nieuwe Nederl. Cour.“ schreibt: Trotski hat selbst gesprochen und andere so sprechen lassen, als ob er der Vertreter eines siegreichen Staates wäre. Rußland hat aber doch nicht gesiegt. Was sind seine Vertreter denn eigentlich bei den Friedensverhandlungen? Suchen sie vielleicht nur eine bequeme Gelegenheit, um für ihre maximalistischen Theorien Weltpropaganda zu machen oder sind sie wirklich naive genug, zu glauben, daß sie, obwohl geschlagen und ohne Macht, ihre Gegner nur durch Reden jenseit bekommen können, als ob sie geschlagen wären. — Der „Maasbode“ schreibt: Staatssekretär von Kühlmann hat das ganze Register seines diplomatischen Talents meisterhaft spielen lassen, um den Russen den Standpunkt der Deutschen hinsichtlich der besetzten Gebiete und ihre Räumung annehmbar zu machen. Es hatte dann und wann den Anschein, als ob er die Gegenpartei in die Enge treiben und zu jugendlichen diplomatischen Reizen würde. Aber das von ihm gesponnene diplomatische Netz wurde durch den unwandelbaren Doktrinarismus der russischen Delegation und vor allem Trotskis zertrümmert. **Ausweisung der rumänischen Behörden aus Rußland.** „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Die russischen Behörden haben dem in Rishinew errichteten rumänischen Regierungsbureau die Kündigung zum 31. Januar ausgestellt. An diesem Tage haben die letzten in Rußland weilenden rumänischen Regierungsbehörden das russische Staatsgebiet zu verlassen. **Bruch zwischen Lenin und Trotski?** Nach einer Petersburger Meldung ist der Riß innerhalb des Volkskommissariats so gut wie unüberbrückbar geworden. Lenin ist unzufrieden mit Trotski, da Lenins Sozialisierung der russischen Staatsbanken, seine Auslieferung der russischen Industrie an die Arbeiter, die die Schließung einer Fabrik nach der anderen nach sich zieht, und ähnliche Experimente einen ersten Widerstand in Trotski gefunden haben. Brest-Litowsk hat den Riß vollendet. Solidarisch mit Lenin ist ei-